

# Zeit für den Nächsten

Landtagspräsidentin Barbara Stamm mahnt bei Frauenunions-Diskussion Wertschätzung für soziale Berufe an

**Kastl.** „PFLEGE – was nun?“, mit dieser Frage hatte die Kreis-Frauenunion am Donnerstagabend zur Podiumsdiskussion in den Gasthof Spirkl geladen. Als Gast konnte Vorsitzende Gisela Kriegl Landtagspräsidentin Barbara Stamm gewinnen. Die Politikerin hatte sich trotz des aktuellen Besuchs von Jean-Claude Juncker im Maximilianeum Zeit genommen, sich dem Thema „Pflege“ zu stellen. Weiter folgten BRK-Direktor Josef Jung, Werner Karl, Leiter der Weinberger-Akademie, die ehemalige Krankenschwester Anita Wendt und die ambulant pflegende Angehörige Emmy Rau der Einladung Kriegls.

In ihren Grußworten betonten die MdL Ingrid Heckner und Dr. Martin Huber die zentrale Bedeutung der Pflege für die Landtagsfraktion der CSU. Stamm wiederum betonte den Stellenwert der sozialen Berufe; die Sorge um den Menschen müsse im Bewusstsein der Gesellschaft verankert werden. Jeder müsse sich selbst fragen: „Wie hätte ich es gerne im persönlichen Pflegefall?“

So hilfreich die fortschreitende Digitalisierung auch im Bereich der Pflege sei, ohne den Menschen funktioniere Pflege nicht. Zeit zu haben für den Nächsten sei eine Aufgabe, die sich auf staatlicher Seite bereits aus der Sozialen Marktwirtschaft herleiten lasse. Eine Gesellschaft sei immer nur so gut, wie sie mit ihren Alten



**Moderiert** von Gisela Kriegl (3.v.l.) diskutierten (v.l.) Werner Karl, Anita Wendt, Barbara Stamm, Josef Jung und Emmy Rau zum Thema Pflege. – Foto: Wimmer

umgehe. Diese Aussage stellte Josef Jung in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Ihn erschreckte, dass trotz der Leistungen aus der Pflegeversicherung ein knappes Drittel der zu Pflegenden auf Sozialhilfe angewiesen sei, obwohl dieser Personenkreis das ganze Leben gearbeitet habe.

Ihre persönlichen Erfahrungen gab Emmy Rau weiter. Sie sei von Kindesbeinen an mit der Pflege von Angehörigen aufgewachsen. Die größte Herausforderung sei die Betreuung ihrer Mutter vor Feststellung der Pflegestufe gewesen. Hier würden die Angehörigen in ihrem Kampf durch die Institutionen oft allein gelassen. Sie wünsche sich eine Betreuungsstufe vor der Pflegestufe und kommunale Einrichtungen zur Unterstützung. Das von Stamm angekün-

digte Landesamt für Pflege halte sie für wenig hilfreich, so Rau.

Mit der Frage, wer was bei den Sozialen Diensten regle, wollte Kriegl Licht in den Behörden- und Vorschriftenschungel bringen. Stamm informierte hier über die Zuständigkeiten und die Beteiligung der Wohlfahrtsverbände. Der Bund setze in erster Linie auf die Selbstverwaltung, also die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an die rechtlich selbständigen Organisationen. Die Länder seien für die Ausführungsgesetze zuständig, die Bezirke stünden in Verantwortung für die Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Kritik äußerte Stamm an den Einschätzungen der Medizinischen Dienste. Zu häufig würden Anträge abgelehnt, oft sei erst ein Widerspruch erfolgreich.

Kriegl führte die Diskussion zur Bewertung der Pflegeeinrichtungen aus Sicht der Bevölkerung. Über 70 Prozent der Befragten in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hätten die geringe Personalausstattung bemängelt; andererseits beurteile der Pflege-TÜV die Qualität der Einrichtungen überdurchschnittlich gut.

Josef Jung ärgerte sich über manch negative Berichterstattung in den Medien. Die überwiegende Zahl der in Pflegeeinrichtungen untergebrachten Menschen fühle sich sehr wohl und werde hervorragend betreut; auch wünsche er sich weniger staatliche Kontrolle. Barbara Stamm wollte diese Forderung nicht unwidersprochen stehen lassen. Gute Arbeit schließe Mängel nicht aus. Solange alles funktioniere, sei der Staat uner-

wünscht, aber bei geringsten Vorkommnissen werde fehlendes Eingreifen durch die Behörden moniert. Staatliche Kontrolle sei deshalb unerlässlich, um Versagen zu minimieren. Sie teile Jungs Ansicht über die Darstellung in den Medien. Unerwähnt blieben die Belastungen des Personals durch Schichtarbeit und durch die ständige Konfrontation mit dem Sterben. Hier seien Erholungsphasen, Weiterqualifikationen und Supervisionen unverzichtbar, forderte Stamm.

Werner Karl monierte die unterschiedlichen Vergütungen für die Auszubildenden in den Kranken- und Pflegediensten. Würden in der Krankenhilfe bis zu 700 Euro pro Monat bezahlt, erhielten die Azubis in der Altenhilfe pflegehilfe kein Geld, zum Teil müsse sogar Schulgeld entrichtet werden. Deshalb brähe die Hälfte die Ausbildung ab. Dazu informierte Stamm, dieses Dilemma sei bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin intensiv erörtert worden und sie hoffe auf eine baldige Gleichstellung der Vergütungen.

Von Anita Wendt wollte Gisela Kriegl wissen, weshalb sie aus der Krankenpflege ausgeschieden ist. Als Alleinerziehende mit zwei Kindern habe sie deren Versorgung nicht mit den Dienstplänen koordinieren können. Das Schichtsystem sei wenig flexibel, sie sei vom Krankenhaus wegen der fehlenden Kindertagesstätte

in eine Arztpraxis gewechselt, begründete Wendt ihre Entscheidung. Stamm begrüßte grundsätzliche Überlegungen zur Einrichtung einer Kinderbetreuung im Krankenhaus Altötting und betonte, dass sich mit Einführung der Pflegeversicherung vieles verbessert habe. Handlungsbedarf bestehe bei der Soforthilfe für erschöpfte Angehörige, hier sei ein Kurzzeitpflegeprogramm in Vorbereitung. Allerdings dürfe man die gewaltigen finanziellen Herausforderungen nicht unterschätzen. Die Belastung der Einzahler, die Gleichstellung der Beitragsverpflichtung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien nicht außer Acht zu lassen, stellte Stamm klar.

Den in der Fragerunde aufgeworfenen Bedarf nach mehr Hospiz- und Palliativplätzen begrüßte die Landtagspräsidentin ausdrücklich. Dieser Anspruch gehe einher mit der Forderung nach mehr Zeit für die betreuten Personen. Eine Neubewertung der Tätigkeiten im Pflegebereich, insbesondere die zeitintensive Hinwendung zum Patienten sei unerlässlich, so Stamm. Zum Ende der Veranstaltung forderten alle Teilnehmer nochmals eine positive Bewertung des Pflegeberufs. Erst wenn allen Menschen die uneingeschränkte Wertschätzung entgegengebracht wird, steige auch die Bereitschaft in sozialen Berufen zu arbeiten, sagte abschließend Barbara Stamm. – haw